

Regine Deschle  
Rostock

9. Mai 1995

## ARBEIT FÜR FRAUEN

### Exkurs zum Thema ARBEIT UND ZEIT FÜR FRAUEN

1.

In Deutschland waren im April 1995 3 605 000 Menschen arbeitslos, die Arbeitslosenquote betrug 9,4 %. Sie ist regional sehr unterschiedlich und reicht von 6,3 % in Südbayern bis zu 16,5 % in Sachsen-Anhalt. Mehr als 60 % der Arbeitslosen sind Frauen. Deshalb ist das Thema „Arbeit“ für Frauen ein besonders dringliches.

Der Sockel einer hohen Arbeitslosigkeit mindert die Chancen für eine Gleichstellungspolitik in außerordentlich starkem Maße, was uns jedoch nicht abhalten soll zu kämpfen.

2.

Die Initiativen von Frauen haben sich auf folgende Schwerpunkte gerichtet:

Arbeitszeitverkürzung als ein Mittel, die knapper werdende Arbeit umzuverteilen.

s. dazu den Exkurs zur Arbeitszeit

Schaffung neuer Arbeitsplätze für Frauen durch

arbeitsmarktpolitische Maßnahmen,

öffentlich geförderte Beschäftigung - Beschäftigungsgesellschaften,

Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst,

Verbindung von Wirtschafts- und Strukturpolitik mit Frauenförderung

Teilzeitarbeit als beschäftigungspolitisch wenig geeignetes Instrument.

s. dazu den Exkurs zur Teilzeitarbeit

3.

Das AFG enthält eine Reihe von Möglichkeiten, um den Arbeitsmarkt in Krisensituationen kurzfristig zu entlasten (dazu wurde es einst geschaffen). Das bedeutet, daß arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie Fortbildung und Umschulung (FuU), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und seit einiger Zeit auch Maßnahmen nach §§ 242s und 249h AFG, nur für begrenzte Übergangszeiten angelegt sind. Sie mildern das Problem, können es aber nicht aus der Welt schaffen.

Daß Frauen sich trotzdem hierfür engagieren, liegt zum einen daran, daß sie zumeist unterdurchschnittlich, zumindest nicht ihrem Anteil an den Arbeitslosen entsprechend, daran beteiligt werden und zum anderen, daß hier ein eingespieltes Instrument vorhanden ist, das kurzfristig genutzt werden kann.

4.

Die öffentlich geförderte Beschäftigung sollte ursprünglich eine Brücke zum ersten Arbeitsmarkt darstellen, indem Beschäftigungsgesellschaften bei Massenentlassungen (besonders in den Ost-Ländern) die Arbeitslosen auffangen und verbunden mit Umschulungs- und Anpassungsqualifizierung ihre Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt erhöhen sollten. Dies gelingt jedoch nur teilweise. Deshalb wurden und werden ausgehend von den Erfahrungen neue Ansätze gesucht, so Ansätze zur Verzahnung von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, etwa durch Orientierung der ABM an der Verbesserung der Standortbedingungen und an Notwendigkeiten der Strukturplanung. Hier besteht möglicherweise auch für Frauen eine Chance, sich rechtzeitig einzumischen und ihren Anteil an öffentlich geförderter Beschäftigung zu sichern.

5.

Der öffentliche Dienst wäre ein erweiterungsfähiger Bereich, wenn nicht die zeitweilig (oder fast immer) leeren Haushaltskassen dem entgegenstünden. Denn Arbeit gäbe es hier genug: im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, im Erziehungsdienst, in Kultur und Sport, für diverse Beratungs- und Betreuungsdienste ...

Hier wird seit Jahren immer mehr gespart, womit eine rapide Verschlechterung der Löhne verbunden ist. Die sogenannte „Verschlankung“ des öffentlichen Dienstes (durch Ausgliederung, Privatisierung, Personalabbau) hat z.T. zu untragbaren Zuständen geführt (zu große Gruppen in Kitas, überfüllte Hörsäle, ...).

All diese Bereiche könnten vor allem Beschäftigung für Frauen bieten.

6.

Am aussichtsreichsten für die Schaffung neuer Arbeitsplätze stellt sich zur Zeit die Wirtschafts- und Strukturpolitik dar. Diese liegt jedoch fast ausschließlich in Männerhand. Das betrifft sowohl die Wirtschaftsförderung als auch die regionale Raumordnungspolitik.

Das ist auch nicht verwunderlich, werden doch hier die Weichen für künftige Arbeit und für Lebensqualität in der Region gestellt.

Deshalb haben sich erste Fraueninitiativen gegründet, die in die Entscheidungsgremien auf diesem Gebiet eindringen und ihren Forderungen Gehör verschaffen wollen. Ihnen geht es darum, daß regionale Wirtschaftspolitik mit Frauenförderung verbunden wird.

Eine dieser Initiativen besteht in Mecklenburg-Vorpommern.

7.

In Mecklenburg-Vorpommern haben wir einen Arbeitskreis „Frauen und Strukturpolitik“ unter Leitung der Frauensekretärin des DGB- Landesverbandes gebildet. Wir begutachten z.B. die Integration von frauenrelevanten Aspekten in alle Arbeitsmarkt-, Struktur- und Wirtschaftsförderungsprogramme, versuchen Einfluß auf Förderrichtlinien zu nehmen und darauf, daß Landesfördermittel stärker für frauenpolitische Interessen eingesetzt werden. Zur Zeit beschäftigen wir uns verstärkt mit den in Arbeit befindlichen Regionalen Raumordnungsprogrammen. Wir sind dabei, frauenpolitische inhaltliche Forderungen zu formulieren und parallel dazu organisatorisch/institutionelle Wege und Strategien zu erkunden, wie unsere Forderungen durchgesetzt werden können.

Nach der Beschäftigung mit den einschlägigen Gesetzen und bereits vorliegenden Programmen haben wir erste Anforderungen aus der Sicht von Frauen herausgestellt:

- generell ist die Transparenz von Programmen zu erhöhen
- wir haben festgestellt, daß Wortwahl und Ausdruck oft unverständlich sind und daß Inhalte, Kriterien, Analysen für uns nicht nachvollziehbar sind.

- Menschen und damit Frauen sind sichtbar zu machen
- in dem vorliegenden Programm geht es fast ausschließlich um Flächen, Gebiete, Orte und Sachen, die Menschen, die dort leben und arbeiten sollen, kommen einfach nicht vor

- als ein Grundsatz an vorderer Stelle muß Gleichstellung, Chancengleichheit und Frauenförderung verankert werden
- das fehlt bisher

- in den Programmen ist von geschlechtsspezifischen Analysen, geschlechtsspezifischen Prognosen und Schlußfolgerungen auszugehen
- das wurde bisher nicht getan

- es sind soziale Infrastrukturen auf hohem Niveau zu schaffen, die sicherstellen, daß die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten gleichermaßen von Frauen und Männern übernommen werden (Können) und gleichzeitig Beschäftigungseffekte erzielt werden.

## ARBEIT FÜR FRAUEN

### Exkurs zum Thema ARBEIT UND ZEIT FÜR FRAUEN

1.  
In Deutschland waren im April 1995 3 605 000 Menschen arbeitslos, die Arbeitslosenquote betrug 9,4 %. Sie ist regional sehr unterschiedlich und reicht von 6,3 % in Südbayern bis zu 16,5 % in Sachsen-Anhalt. Mehr als 60 % der Arbeitslosen sind Frauen. Deshalb ist das Thema „Arbeit“ für Frauen ein besonders dringliches.  
Der Sockel einer hohen Arbeitslosigkeit mindert die Chancen für eine Gleichstellungspolitik in außerordentlich starkem Maße, was uns jedoch nicht abhalten soll zu kämpfen.

2.  
Die Initiativen von Frauen haben sich auf folgende Schwerpunkte gerichtet:  
Arbeitszeitverkürzung als ein Mittel, die knapper werdende Arbeit umzuverteilen.  
s. dazu den Exkurs zur Arbeitszeit  
Schaffung neuer Arbeitsplätze für Frauen durch  
arbeitsmarktpolitische Maßnahmen,  
öffentlich geförderte Beschäftigung - Beschäftigungsgesellschaften,  
Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst,  
Verbindung von Wirtschafts- und Strukturpolitik mit Frauenförderung  
Teilzeitarbeit als beschäftigungspolitisch wenig geeignetes Instrument.  
s. dazu den Exkurs zur Teilzeitarbeit

3.  
Das AfG enthält eine Reihe von Möglichkeiten, um den Arbeitsmarkt in Krisensituationen kurzfristig zu entlasten (dazu wurde es einst geschaffen). Das bedeutet, daß arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie Fortbildung und Umschulung (FuU), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und seit einiger Zeit auch Maßnahmen nach §§ 242s und 249h AfG, nur für begrenzte Übergangszeiten angelegt sind. Sie mildern das Problem, können es aber nicht aus der Welt schaffen.  
Daß Frauen sich trotzdem hierfür engagieren, liegt zum einen daran, daß sie zumeist unterdurchschnittlich, zumindest nicht ihrem Anteil an den Arbeitslosen entsprechend, daran beteiligt werden und zum anderen, daß hier ein eingespieltes Instrument vorhanden ist, das kurzfristig genutzt werden kann.

4.  
Die öffentlich geförderte Beschäftigung sollte ursprünglich eine Brücke zum ersten Arbeitsmarkt darstellen, indem Beschäftigungsgesellschaften bei Massenentlassungen (besonders in den Ost-Ländern) die Arbeitslosen auffangen und verbunden mit Umschulungs- und Anpassungsqualifizierung ihre Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt erhöhen sollten. Dies gelingt jedoch nur teilweise. Deshalb wurden und werden ausgehend von den Erfahrungen neue Ansätze gesucht, so Ansätze zur Verzahnung von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, etwa durch Orientierung der ABM an der Verbesserung der Standortbedingungen und an Notwendigkeiten der Strukturplanung. Hier besteht möglicherweise auch für Frauen eine Chance, sich rechtzeitig einzumischen und ihren Anteil an öffentlich geförderter Beschäftigung zu sichern.

5.

Der öffentliche Dienst wäre ein erweiterungsfähiger Bereich, wenn nicht die zeitweilig (oder fast immer) leeren Haushaltskassen dem entgegenstünden. Denn Arbeit gäbe es hier genug: im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, im Erziehungsdienst, in Kultur und Sport. für diverse Beratungs- und Betreuungsdienste ...

Hier wird seit Jahren immer mehr gespart, womit eine rapide Verschlechterung der Leistungen verbunden ist. Die sogenannte „Verschlankung“ des öffentlichen Dienstes (durch Ausgliederung, Privatisierung, Personalabbau) hat z.T. zu untragbaren Zuständen geführt (zu große Gruppen in Kitas, überfüllte Hörsäle, ...).

All diese Bereiche könnten vor allem Beschäftigung für Frauen bieten.

6.

Am aussichtsreichsten für die Schaffung neuer Arbeitsplätze stellt sich zur Zeit die Wirtschafts- und Strukturpolitik dar. Diese liegt jedoch fast ausschließlich in Männerhand. Das betrifft sowohl die Wirtschaftsförderung als auch die regionale Raumordnungspolitik.

Das ist auch nicht verwunderlich, werden doch hier die Weichen für künftige Arbeit und für Lebensqualität in der Region gestellt.

Deshalb haben sich erste Fraueninitiativen gegründet, die in die Entscheidungsgremien auf diesem Gebiet eindringen und ihren Forderungen Gehör verschaffen wollen. Ihnen geht es darum, daß regionale Wirtschaftspolitik mit Frauenförderung verbunden wird.

Eine dieser Initiativen besteht in Mecklenburg-Vorpommern.

7.

In Mecklenburg-Vorpommern haben wir einen Arbeitskreis „Frauen und Strukturpolitik“ unter Leitung der Frauensekretärin des DGB- Landesverbandes gebildet. Wir begutachten z.B. die Integration von frauenrelevanten Aspekten in alle Arbeitsmarkt-, Struktur- und Wirtschaftsförderungsprogramme, versuchen Einfluß auf Förderrichtlinien zu nehmen und darauf, daß Landesfördermittel stärker für frauenpolitische Interessen eingesetzt werden. Zur Zeit beschäftigen wir uns verstärkt mit den in Arbeit befindlichen Regionalen Raumordnungsprogrammen. Wir sind dabei, frauenpolitische inhaltliche Forderungen zu formulieren und parallel dazu organisatorisch/institutionelle Wege und Strategien zu erkunden, wie unsere Forderungen durchgesetzt werden können.

Nach der Beschäftigung mit den einschlägigen Gesetzen und bereits vorliegenden Programmen haben wir erste Anforderungen aus der Sicht von Frauen herausgestellt:

generell ist die Transparenz von Programmen zu erhöhen

wir haben festgestellt, daß Wortwahl und Ausdruck oft unverständlich sind und daß Inhalte, Kriterien, Analysen für uns nicht nachvollziehbar sind.

Menschen und damit Frauen sind sichtbar zu machen

in dem vorliegenden Programm geht es fast ausschließlich um Flächen, Gebiete, Orte und Sachen, die Menschen, die dort leben und arbeiten sollen. Kommen einfach nicht vor

als ein Grundsatz an vorderer Stelle muß Gleichstellung, Chancengleichheit und Frauenförderung verankert werden

das fehlt bisher

in den Programmen ist von geschlechtsspezifischen Analysen, geschlechtsspezifischen Prognosen und Schlußfolgerungen auszugehen

das wurde bisher nicht getan

es sind soziale Infrastrukturen auf hohem Niveau zu schaffen, die sicherstellen, daß die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten gleichermaßen von Frauen und Männern übernommen werden (Können) und gleichzeitig Beschäftigungseffekte erzielt werden.

## 8.

Zum Bereich Wirtschaft sollen hier beispielhaft konkretere Forderungen dargestellt werden:

zu Industrie, produzierendes Gewerbe

- Die Attraktivität eines Standortes wird von vielen Faktoren beeinflusst, so auch von den Möglichkeiten, Arbeit - Leben - Wohnen - Familie für Frauen und Männer günstig miteinander zu verbinden.
- „Ausgewogen“ ist eine Standortpolitik, wenn Arbeitsplätze für Frauen im gleichen Umfang und Qualität wie für Männer vorhanden sind.
- Die strikte Beschränkung von Gewerbeansiedlung auf zentrale Orte und privilegierte Gemeinden wirkt Fraueninteressen entgegen (die „mobilen“ Männer arbeiten in den Zentren und Frauen sitzen an ihren Wohnorten fest).

zu Handwerk, private Dienstleistungen und Handel

- Private Dienstleistungen haben traditionell einen hohen Frauenanteil.
- Die Nähe industrieabhängiger/industrienaher Dienstleistungen zu Industriestandorten macht diese attraktiver und ausgewogener.
- Gewerbe- und Handwerkhöfe eignen sich als Frauenprojekte, sie sollten daher ausdrücklich benannt und für die staatliche Förderung vorgesehen werden.
- Gewerbebegenehmigungen sind an Frauenförderung zu binden.
- Der Einzelhandel berührt in zweifacher Hinsicht Fraueninteressen: erstens aus arbeitsmarktpolitischem Aspekt und zweitens aus der Sicht der Versorgung. Beide Aspekte sind bei der Flächenbereitstellung zu berücksichtigen.
- Ein intaktes innerstädtisches Gemeinwesen vereinigt außer den Proportionen zwischen Handel, Dienstleistungen und Gewerbe auch Wohnen, öffentliche Dienste/Verwaltungen, kulturelles und soziales Umfeld, ...
- Die Versorgung im ländlichen Raum ist gründlich zu durchdenken (Konzept!), besonders im Hinblick auf die eingeschränkte Mobilität von Frauen (Erreichbarkeit zu Fuß oder Fahrrad, mobiler Einzelhandel im ländlichen Raum).

## 9.

Über Wege und Strategien zur Durchsetzung von Frauenforderungen gibt es erste Überlegungen. In den Gesetzen ist die Zusammensetzung der Entscheidungsgremien (ohne Frauen) festgeschrieben. Selbst die „demokratischen“ Beiräte auf den verschiedenen Ebenen bieten keinen Platz für Fraueninteressen. Wir diskutieren daher zwei Wege:

Bildung von Frauenbeiräten (mit Verankerung im Gesetz), Ausgangspunkt könnten solche Arbeitskreise oder frauenpolitische runde Tische sein, wie wir es sind

Verankerung (Eindringen) von Frauen mit frauen- und strukturpolitischem Sachverstand in den gesetzlichen strukturpolitischen Gremien - Beiräte, Regionalkonferenzen, ...

Beide Wege setzen eine Beschäftigung mit der Materie - sprich Qualifizierung - voraus. Auch diese steht z.Zt. auf unserem Programm.

## 10.

Nach Verabschiedung solcher Regionalprogramme ist die Einflußnahme auf deren Inhalte sicher ungleich schwieriger und langwieriger, obwohl eine Fortschreibung vorgesehen ist. Deshalb geht es nach Bestätigung von solchen Programmen, die ja nur Ziele und Richtung angeben, um deren Umsetzung in den Kreisen und Kommunen. Dort wird es dann wieder konkreter und auch für Frauen handhabbarer. Im übrigen geben die Kommunalverfassungen auch meistens mehr Raum für demokratische Mitwirkung.

11.

*„Dem Anliegen „Gleichstellung“ oder „Beschäftigungspolitische Offensive“ kommt hierzulande meist nur ein Lüftchen zugute, häufig gibt es recht kräftigen Gegenwind und mitunter kommen wir wegen Sturms überhaupt nicht voran.“ (Schmidt, M., in Mehr Beschäftigung für Frauen ... FES - Gesprächskreis Frauenpolitik Heft 12, 1994)*

---

Nutzen wir das „Lüftchen“, wo es sich zeigt.